

Teil 2: Politik

2.32 Der deutsche Föderalismus in der Diskussion

Wolfgang Sinz

Kompetenzen und Unterrichtsinhalte:

Die Schüler sollen

- ◆ Vor- und Nachteile des deutschen Föderalismus kennenlernen,
- ◆ ihre Kenntnisse über den föderativen Aufbau Deutschlands kritisch hinterfragen,
- ◆ die Gliederung der Bundesrepublik in Gebietskörperschaften erläutern können,
- ◆ die Bestimmungen des Grundgesetzes über das Zusammenspiel von Bund und Ländern erarbeiten,
- ◆ den Staatsaufbau der Bundesrepublik erklären können,
- ◆ erkennen, dass den Gebietskörperschaften in Deutschland zur Erfüllung ihrer Aufgaben verschiedene Steuern zustehen,
- ◆ das Steuersystem der Bundesrepublik Deutschland in seinen Grundzügen verstehen,
- ◆ am Beispiel des öffentlichen Rundfunks die Vielfältigkeit des deutschen Föderalismus nachvollziehen können,
- ◆ die Frage diskutieren, ob das deutsche Bildungssystem heute noch allen Schülern die gleichen Chancen bietet,
- ◆ sich eine eigene Meinung über das im Grundgesetz enthaltene Kooperationsverbot bilden,
- ◆ die wesentlichen Positionen im Streit um den Länderfinanzausgleich zwischen Geber- und Nehmerländern bewerten,
- ◆ das System und die Berechnung des Länderfinanzausgleichs erläutern können,
- ◆ die Höhe der Transferzahlungen zwischen den Bundesländern recherchieren,
- ◆ sich mit der ab 2020 verbindlich geltenden „Schuldenbremse“ und deren Konsequenzen für hoch verschuldete Bundesländer auseinandersetzen,
- ◆ Reformvorschläge für den Länderfinanzausgleich diskutieren,
- ◆ die Arbeit des Stabilitätsrats erläutern,
- ◆ Vorschläge zur Neuordnung der Bundesländer diskutieren.

Didaktisch-methodischer Ablauf	Inhalte und Materialien (M und MW)
<p>I. Bund und Länder</p> <p>Zu Beginn sollen die Schüler ihr Wissen über die Bundesländer vertiefen. Mithilfe eines Arbeitsblattes ordnen sie Wappen den jeweiligen Ländern zu.</p> <p>Alternativ oder arbeitsteilig tragen die Schüler die Namen und Hauptstädte der 16 Bundesländer in eine Deutschland-Karte ein. Ein Rechercheauftrag zur Gliederung der Bundesrepublik schließt dieses Arbeitsblatt ab.</p> <p>Das Zusammenspiel von Bund und Ländern wird durch das Grundgesetz geregelt. Die</p>	<p>→ Die Bundesländer und ihre Wappen/MW1 (Arbeitsblatt)</p> <p>→ Lösungen/MW2</p> <p>→ Die Landeshauptstädte/MW3 (Arbeitsblatt)</p> <p>→ Lösungen/M4</p> <p>→ Lösungen/M5</p> <p>→ Die bundesstaatliche Ordnung/MW6 (Arbeitsblatt)</p>

2.32

Der deutsche Föderalismus in der Diskussion

Teil 2: Politik

<p>wichtigsten Artikel sollen die Schüler selbst erarbeiten.</p> <p>Anhand eines Schaubilds soll der Staatsaufbau der Bundesrepublik Deutschland erläutert werden.</p> <p>Am Ende des ersten Kapitels sollen verschiedene Steuern und Aufgaben Bund, Ländern und Kommunen zugeordnet werden. Ziel dabei ist, dass die Schüler die unterschiedlichen Zuständigkeiten der Gebietskörperschaften in Deutschland erkennen und die Finanzierung durch die Verteilung unterschiedlicher Steuern nachvollziehen können.</p>	<ul style="list-style-type: none"> → Lösungsvorschläge/MW7 → Der Staatsaufbau der Bundesrepublik Deutschland/M8 (Schema) → Wer bekommt was und wer ist für was zuständig?/MW9 (Arbeitsblatt) → Lösungsvorschläge/MW10 → Lösungsvorschläge/M11 und M12
<p>II. Der Streit um den Föderalismus</p> <p>Die Bedeutung des föderativen Aufbaus lässt sich auch anhand der öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten darstellen. Dabei hat nicht jedes Bundesland eine eigene Sendeanstalt.</p> <p>Ein Quiz mit den verschiedenen Tatort-Kommissaren der ARD-Sendeanstalten soll den Schülern die Vorteile eines föderativ aufgebauten Staates verdeutlichen.</p> <p>Nicht erst seit der PISA-Studie ist das deutsche Schulsystem in der Kritik. Immer wieder wird ein einheitliches, durch den Bund bestimmtes Bildungssystem gefordert. Unbestritten ist, dass das Bildungsniveau zwischen den Bundesländern erhebliche Unterschiede aufweist und Schüler in Deutschland nicht überall die gleichen Startchancen haben.</p> <p>In einem Streitgespräch werden die unterschiedlichen Argumente für und gegen eine Abschaffung des Kooperationsverbots genannt. Diese können von den Schülern arbeitsteilig erarbeitet und im Anschluss diskutiert werden.</p>	<ul style="list-style-type: none"> → Die Landesrundfunkanstalten/M13 (Arbeitsblatt) → Lösungen/M14 → Das Who is who der deutschen Krimis: die Tatort-Kommissare/M15 (Arbeitsblatt) → Lösungsvorschläge/M16 → Mathe und Naturwissenschaften. Leistungsgefälle zwischen Schülern in Ost und West ist gravierend/M17a und b (Zeitungsartikel) → Bildung ist Ländersache/M18 (Zeitungsartikel) → Bildung ist nicht allein Ländersache/M19 (Zeitungsartikel) → Lösungsvorschläge/M20
<p>III. Der Länderfinanzausgleich – oder: das leidige Thema Geld</p> <p>Seit Jahren heftig umstritten ist das Thema Länderfinanzausgleich. Eine Karikatur von Horst Haitzinger bietet die Möglichkeit, sich der Auseinandersetzung zwischen Geber- und Nehmerländern zu nähern.</p>	<ul style="list-style-type: none"> → Der Streit um die Finanzen/MW21 (Karikatur)

Teil 2: Politik

<p>Zwei umfangreiche Rechercheaufträge, die arbeitsteilig und binnendifferenziert vergeben werden können, haben zum Ziel, die Funktionsweise und die Folgen des Länderfinanzausgleichs zu erarbeiten und zu diskutieren.</p> <p>Prekär ist die finanzielle Lage neben den Stadtstaaten vor allem für das Saarland und Nordrhein-Westfalen. Ein Zeitungsartikel thematisiert dieses Dilemma und zeigt Lösungsmöglichkeiten auf.</p> <p>Ein weiterer Zeitungsartikel geht auf die Stärken des Länderfinanzausgleichs und auf Reformvorschläge ein.</p> <p>Im Mittelpunkt eines dritten Zeitungsartikels stehen die Schwierigkeiten des größten Bundeslandes, Nordrhein-Westfalen. Die Schüler sollen Fakten zur enormen Verschuldung dieses Landes in den letzten Jahren herausarbeiten und nähere Informationen über die Schuldenbremse, die ab 2020 Bund und Länder zu ausgeglichenen Haushalten zwingt, recherchieren.</p> <p>Der 2019 auslaufende Solidarpakt II und die ab 2020 verbindliche Schuldenbremse erhöhen den Druck auf die Regierungschefs der Länder erheblich, Reformen auf den Weg zu bringen. Die Idee einer Neugliederung der Bundesländer und die Frage, wie die Schuldenbremse realisiert und überwacht werden soll, stehen im Mittelpunkt eines längeren vierten Zeitungsartikels.</p>	<p>→ Lösungsvorschläge/M22a bis c</p> <p>→ Lösungsvorschläge/MW23a und b</p> <p>→ Diese sechs Bundesländer versinken im Schuldensumpf/M24a und b (Zeitungsartikel)</p> <p>→ Der gute Länderfinanzausgleich/M25a und b (Zeitungsartikel, Karikatur)</p> <p>→ Wie sich NRW tief in die Zinsfalle manövriert hat/M26 (Zeitungsartikel)</p> <p>→ Lösungsvorschläge/M27</p> <p>→ Saarland-Vorstoß. Einige Bundesländer können alleine nicht überleben/M28a bis c (Zeitungsartikel)</p> <p>→ Lösungsvorschläge/M29a und b</p>
<p>IV. Das Ende der alten Bundesländer?</p> <p>Anhand einer Karte, die nur noch sechs statt 16 Bundesländer zeigt, sollen die Schüler in Gruppen Überlegungen anstellen, wie eine Neuordnung der Bundesländer aussehen könnte.</p>	<p>→ Wie könnte eine Länderfusion aussehen?/M30 (Karte)</p>

Tipp:

- Anderson, George: Föderalismus: Eine Einführung, UTB, Stuttgart 2008
- Blumenthal, Julia/Stephan Bröchler: Föderalismusreform in Deutschland: Bilanz und Perspektiven im internationalen Vergleich, Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2012

Teil 2: Politik

Anmerkungen zum Thema:

In ihrem fünften Flugblatt, das den Titel „Aufruf an alle Deutsche!“ trug und im Januar 1943 erschien, sprachen sich die Mitglieder der Weißen Rose dezidiert für eine **föderalistische Ordnung** eines neu zu gründenden deutschen Staates aus: „Jede zentralistische Gewalt, wie sie der preußische Staat in Deutschland und Europa auszuüben versucht hat, muss im Keime erstickt werden. Das kommende Deutschland kann nur föderalistisch sein. Nur eine gesunde föderalistische Staatenordnung vermag heute noch das geschwächte Europa mit neuem Leben zu erfüllen.“ (Quelle: <http://weisse-rose-stiftung.de/>)

Mehr als 70 Jahre später steht der deutsche Föderalismus in der Diskussion. Umstritten ist nicht nur die Frage, ob die Länder und Kommunen mit der geltenden **Aufgaben- und Steuerverteilung** mehrheitlich überlebensfähig sind. In der Kritik steht seit dem „PISA-Schock“ vor allem auch das **föderalistische Bildungssystem** der Bundesrepublik Deutschland. Gewährt es allen Schülern die gleichen Chancen? Oder ist die Forderung nach Abschaffung des Kooperationsverbots legitim und damit das **Ende der Bildungshoheit der Länder** absehbar?

Zudem veränder(te)n die **Föderalismusreformen von 2006 und 2009** die Bundesrepublik Deutschland nachhaltig. Bund und Länder sind ab 2020 gezwungen, ausgeglichene Haushalte vorzulegen.

Im Mittelpunkt der Auseinandersetzung steht dabei der **Länderfinanzausgleich**. Die **Geberländer** Bayern und Hessen reichten 2013 eine **Klage** gegen den Länderfinanzausgleich ein. Ohne diesen Ausgleich aber wären viele Bundesländer kaum überlebensfähig. Zwischen 1990 und 2013 zahlte allein Bayern 46,4 Mrd. Euro in den Länderfinanzausgleich ein; Berlin, das nur rund ein Viertel der Einwohner Bayerns hat, erhielt in diesem Zeitraum 52 Mrd. Euro. Die **Ländersolidarität** steht vor einer Zerreißprobe.

Problematisch ist in diesem Zusammenhang auch, dass nicht allen Ländern die **notwendigen Anstrengungen zum Erreichen eines ausgeglichenen Haushalts** zugesprochen werden. Andere, vor allem ostdeutsche und süddeutsche Länder, scheinen dagegen auf einem guten Weg zu sein.

Fest steht, dass die **Schuldenbremse ab 2020** verpflichtend eingeführt wird. Nur in Not- und Katastrophenzeiten sowie in Zeiten von Wirtschaftskrisen darf das **absolute Neuverschuldungsverbot** gebrochen werden. Ein **Stabilitätsrat von Bund und Ländern** wird die Haushalte regelmäßig überwachen und die Einhaltung der Obergrenze des strukturellen gesamtstaatlichen Finanzierungsdefizits überprüfen.

Nicht zuletzt aufgrund dieser Vorgaben wurden **Forderungen nach der Fusion einzelner Bundesländer** laut. Seitdem werden die unterschiedlichsten Vorschläge diskutiert. Die Rede ist dabei zum Beispiel von einem „**Hansebund**“ oder „**Nordostdeutschland**“ bzw. „**Südwestdeutschland**“.

Einen Schritt weiter gehen gar **Schweizer Politiker**, die eine um die Bundesländer Baden-Württemberg und Bayern sowie Teile Frankreichs, Italiens und Österreichs erweiterte Eidgenossenschaft ins Spiel bringen. Dadurch würde eines der wohlhabendsten Länder weltweit entstehen.

Was verfassungsrechtlich natürlich undenkbar ist, kann dennoch als ein Zeichen dafür gewertet werden, dass der Föderalismus in Deutschland auf Dauer nur mit **überlebensfähigen Bundesländern** erfolgreich sein wird.



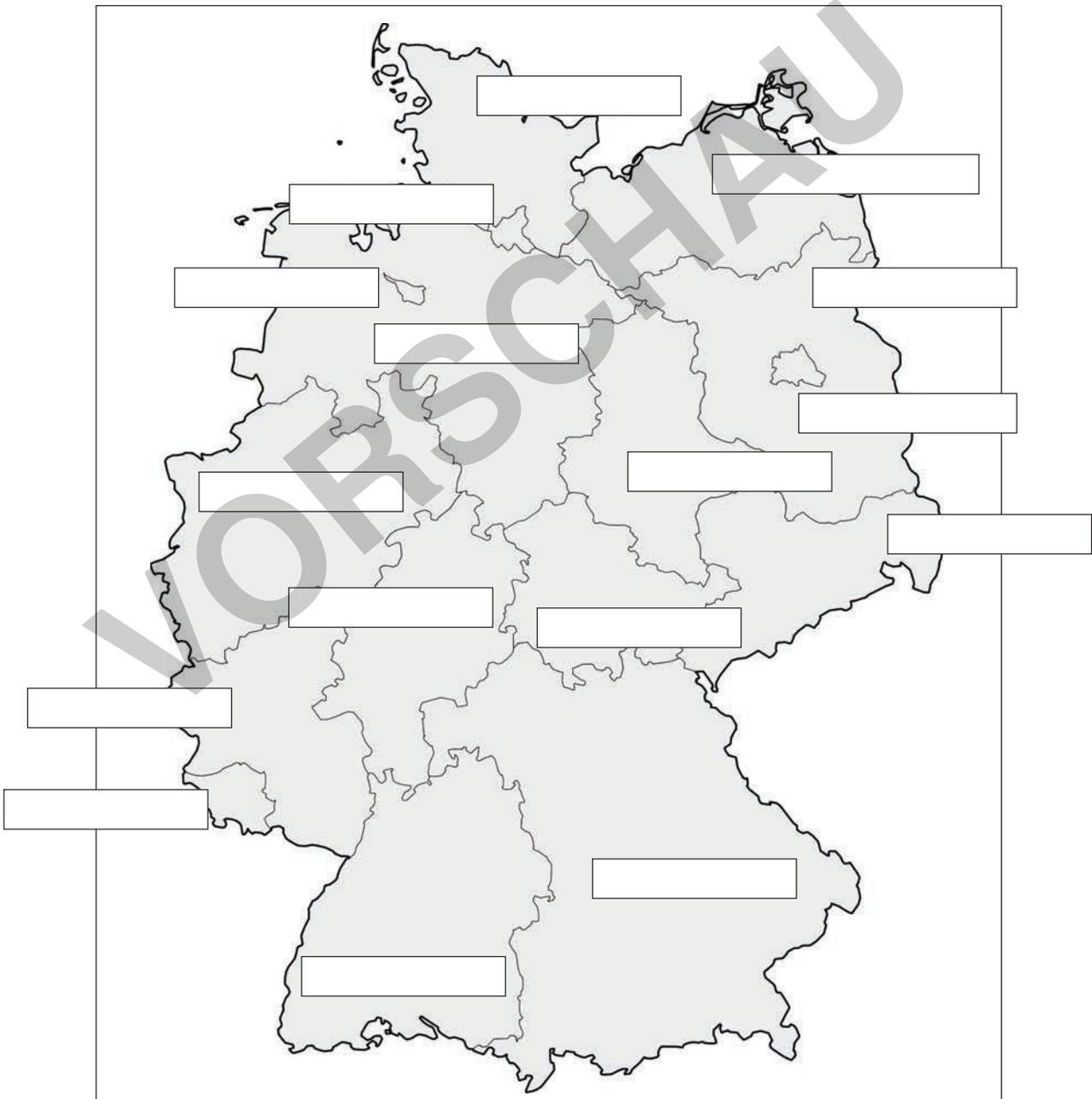
Teil 2: Politik

Die Landeshauptstädte



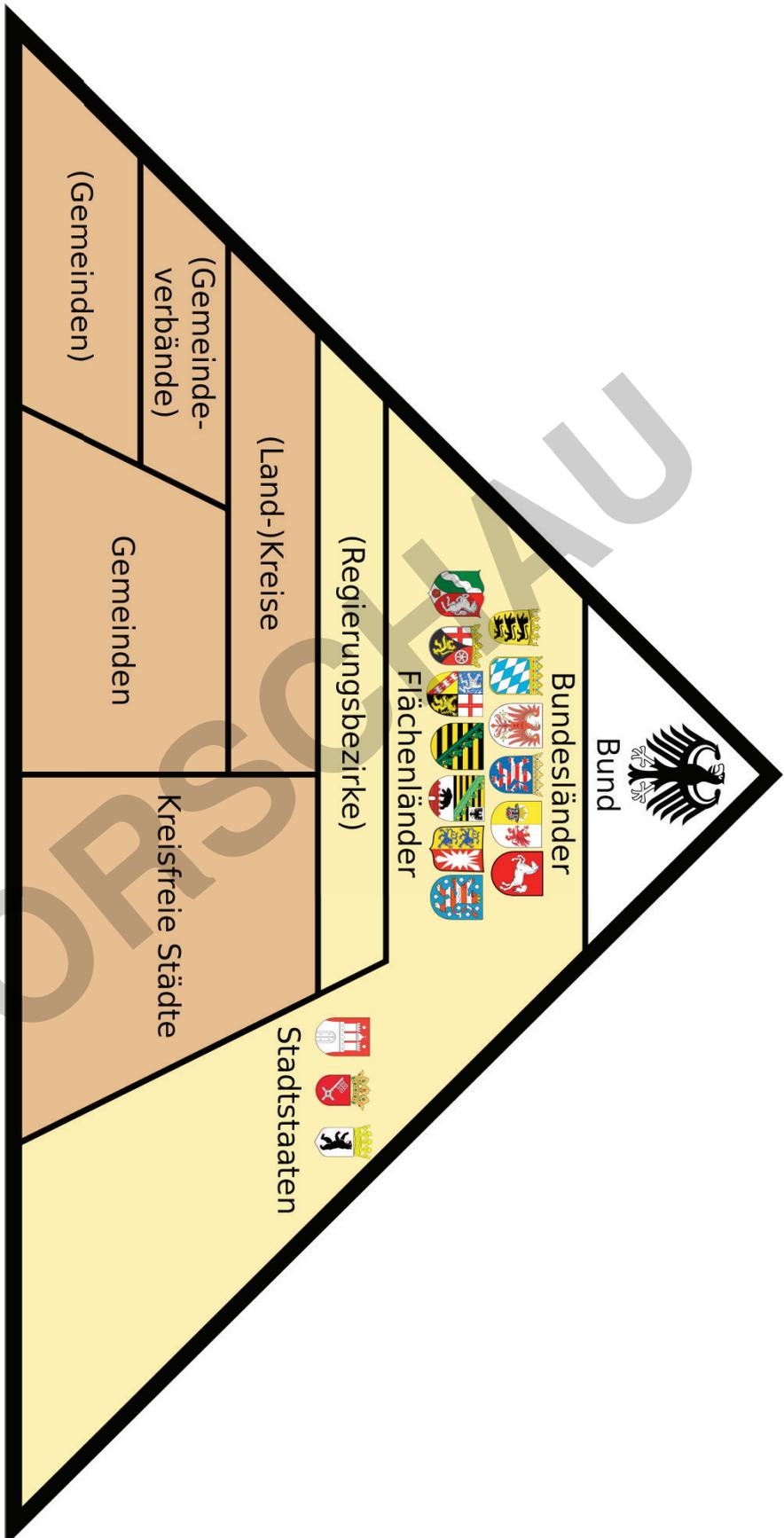
Arbeitsaufträge:

1. Schreibt die Namen der Bundesländer (Abkürzungen) und der Landeshauptstädte in die dafür vorgesehenen Kästen.
2. Recherchiert die Gliederung der Bundesrepublik Deutschland (Bund, Länder, ...) und haltet eure Ergebnisse in einem Schaubild fest.



(Karte aus: mapsof.net/uploads/static-maps/germany_blank_map.png)

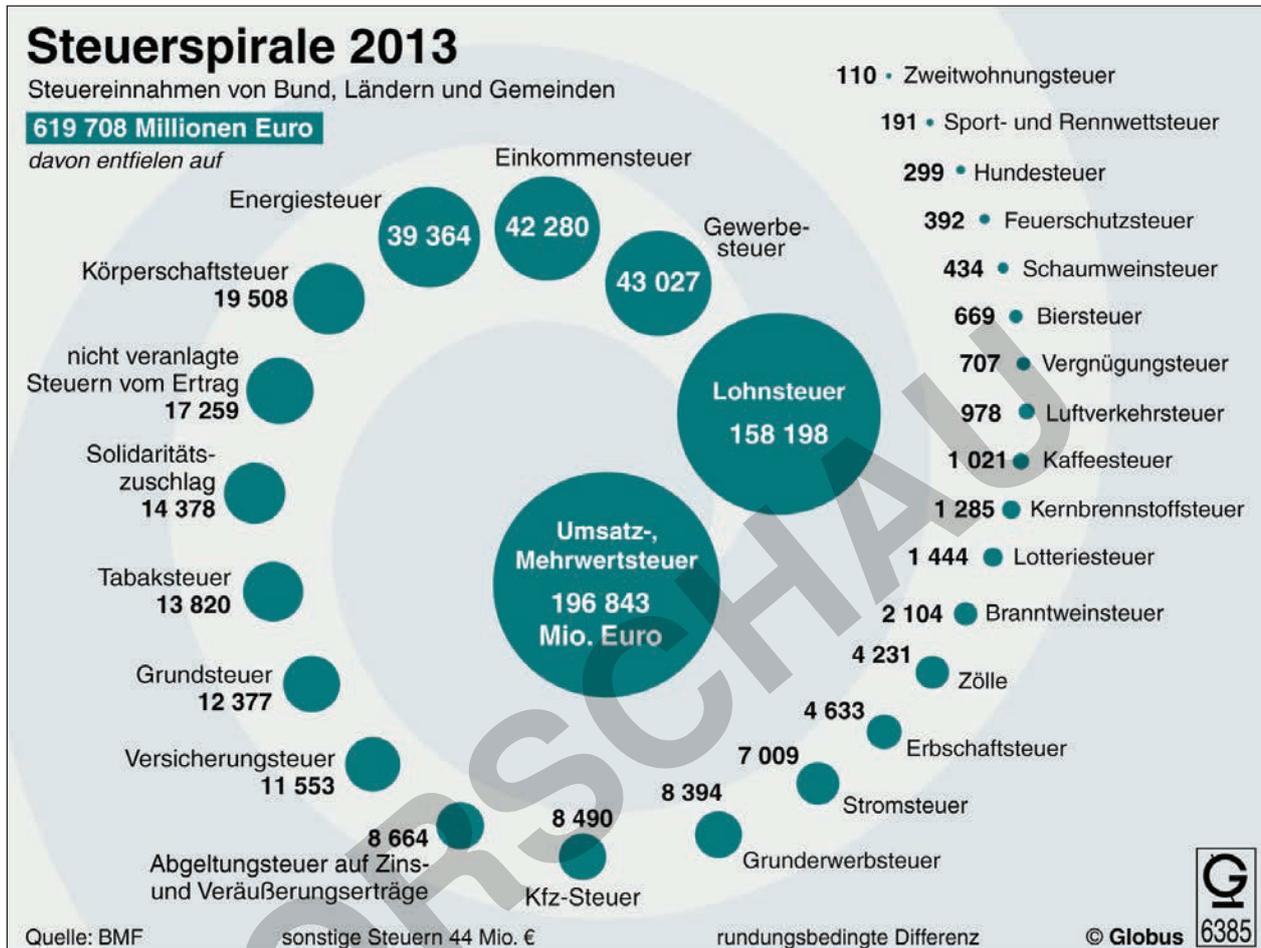
Lösungen zu MW3, Arbeitsauftrag 2



(aus: http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/0/0b/Administrative_Gliederung_Deutschlands.svg)



Lösungsvorschläge zu MW9, Arbeitsauftrag 1



(© dpa-infografik)

Knapp 620 Milliarden Euro an Steuern haben Bund, Länder und Gemeinden im Jahr 2013 eingenommen. Das waren 3,3 Prozent mehr als im Jahr zuvor.

Mit rund 197 Milliarden Euro war die **Umsatz- bzw. Mehrwertsteuer** die größte Steuereinnahmequelle. An zweiter Stelle lag die **Lohnsteuer**, die etwa 158 Milliarden Euro einbrachte. Mit großem Abstand folgte dann mit ca. 43 Milliarden Euro die **Gewerbesteuer**.

Die Steuern sind die wichtigste Einnahmequelle des Staates. Die Gelder werden benötigt, um Aufgaben für die Allgemeinheit zu erfüllen, wie die Bereitstellung von öffentlichen Einrichtungen (z.B. Schulen und Krankenhäuser) oder die Aufrechterhaltung des Straßenverkehrs.

Welche Steuern anfallen, wird vom Gesetzgeber festgelegt. Es gibt die **Besitzsteuern**, die auf Einkommen oder Vermögen erhoben werden (z.B. Einkommensteuer, Erbschaftsteuer oder Grundsteuer), die **Verkehrssteuern** (z.B. Umsatzsteuer, Kfz-Steuer oder Versicherungsteuer), die **Zölle** auf Importe sowie die **Verbrauchssteuern** (z.B. Biersteuer, Stromsteuer oder Tabaksteuer).

Teil 2: Politik

Mathe und Naturwissenschaften. Leistungsgefälle zwischen Schülern in Ost und West ist gravierend

- 1 **Der Osten hat die Musterschüler: Sachsen und Thüringen führen beim bundesweiten Schulvergleich in Mathematik und Naturwissenschaften. Schlusslichter sind die Stadtstaaten und NRW. Dort liegen Schüler um bis zu zwei Jahre zurück.**

- 5 Ist die Siedetemperatur von Wasser auf einem Sechstausender höher oder niedriger als in Deutschland? Wenn 73 Cent Steuern je Euro für Benzin anfallen, wie viel Steuern bezahlt man für eine gut 58 Euro teure Tankfüllung? Und was kommt zuerst: die kalte Luft oder die Gänsehaut? Mit solchen Textaufgaben aus den Bereichen Mathematik, Biologie, Chemie und Physik bekamen es im Jahr 2012 bundesweit knapp 44.600 Schüler der neunten Klassen aller Schularten zu tun. Erstellt hatten die Fragen Lehrer und Forscher an der Berliner Humboldt-Universität für den
- 10 Ländervergleich 2012 in Mathematik und Naturwissenschaften, einer großen Lernstandserhebung im Auftrag der Kultusministerkonferenz der Bundesländer. Die großangelegte Untersuchung zeigt: Die Leistungen der Schüler in Mathematik und Naturwissenschaften sind sehr stark vom jeweiligen Bundesland abhängig, und zwar in allen vier untersuchten Fächern, sie „variieren erheblich“, schreiben die Forscher in ihrem Bericht.
- 15 Als klare Sieger weist die neue Studie die Bundesländer Sachsen, Thüringen, Sachsen-Anhalt und, mit leichten Abstrichen, Brandenburg aus. Sie liegen in allen vier Fächern signifikant über dem deutschen Durchschnitt. Mecklenburg-Vorpommern schafft es in den Naturwissenschaften ebenfalls in die Spitzengruppe und verfehlt eine Top-Platzierung in Mathematik nur knapp.

Nordrhein-Westfalen, Bremen und Hamburg haben Rechenschwäche

- 20 Auf den hinteren Rängen, und damit signifikant schlechter als der Bundesdurchschnitt, finden sich in allen vier Fächern die Stadtstaaten Hamburg und Bremen sowie das bevölkerungsreichste Bundesland Nordrhein-Westfalen wieder. In Mathematik gehören außerdem das Saarland und Berlin zur Schlussgruppe, in Biologie schneidet Hessen signifikant schlechter ab als der Bundesdurchschnitt.
- 25 Bei der Punktevergabe orientierten sich die Forscher an der Pisa-Studie sowie an den Ländervergleichen aus den Jahren 2008/2009 (Deutsch, Englisch, Französisch) und 2011 (Grundschulen): Ausgehend von einem deutschen Mittelwert, der bei 500 Punkten liegt, liegen die bestplatzierten Bundesländer und die Schlusslichter zwischen 50 (Biologie) und 68 (Physik) Punkte auseinander. Das ist eine erschreckend große Differenz, die den Forschern zufolge einem Lernstandsunterschied
- 30 von circa zwei ganzen Schuljahren entspricht.

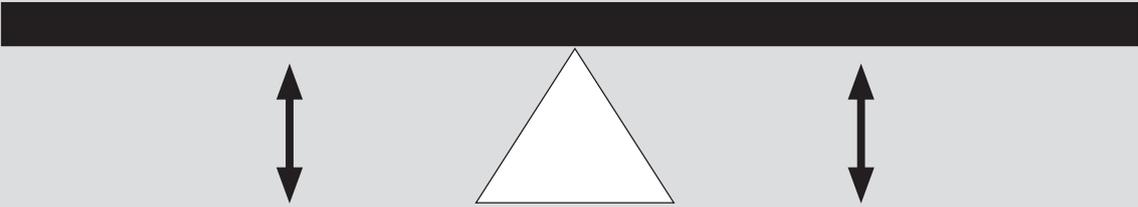
Hier die Ergebnisse der einzelnen Länder im Überblick:

- Mathematik:** Überdurchschnittlich gut waren hier die Schüler in Sachsen (536), sie schnitten selbst in der Spitzengruppe mit deutlichem Punkteabstand vor den Testteilnehmern anderer Bundesländer ab. Messbar besser als das Mittelfeld waren auch Thüringen und Brandenburg
- 35 sowie Bayern und Sachsen-Anhalt. Am Ende der Liste, mit nur 471 Punkten, liegt Bremen. Die weiteren Länder mit signifikant unterdurchschnittlicher Schülerleistung in Mathematik sind Berlin (479) und Nordrhein-Westfalen (486) sowie Hamburg und das Saarland (beide 489).
- Naturwissenschaften:** Auch beim Fachwissen in Biologie, Chemie und Physik liegt Sachsen
- 40 vorn, allerdings beinahe gleichauf mit Thüringen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg. Zwischen den Resultaten der drei naturwissenschaftlichen Fächer zeigte der Neuntklässler-Test nur geringe Abweichungen. Mit leichtem Abstand zu den vier führenden Bundesländern erreichten auch die Schüler in Mecklenburg-Vorpommern durchweg überdurchschnittlich gute Werte. Bayern schaffte es in Chemie und Physik, Rheinland-Pfalz in Biologie knapp in die Gruppe der Best-

Teil 2: Politik

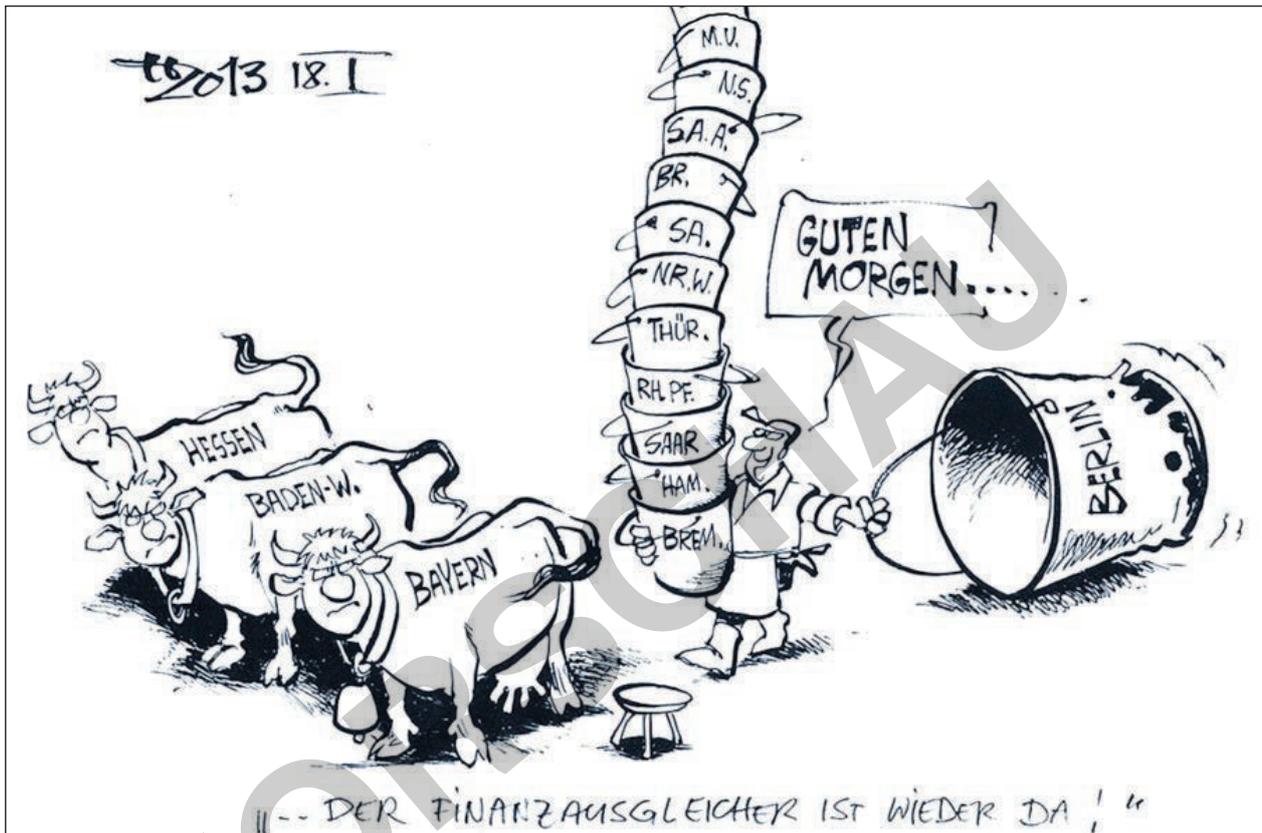
Lösungsvorschläge zu M18 und M19

<p style="text-align: center;">Michael</p>  <p style="text-align: center;">Pro Kooperationsverbot</p>	<p style="text-align: center;">Anne-Katrin</p>  <p style="text-align: center;">Kontra Kooperationsverbot</p>
Kooperationsverbot war und ist erfolgreich (vgl. Z. 13-15).	Kooperationsverbot benachteiligt Schüler finanzschwacher Bundesländer (vgl. Z. 10-12).
Föderalismusreform 2006 weist Bundesländern Verantwortung in Sachen Bildung zu (vgl. Z. 17 f.).	Schüler können zwischen den Bundesländern nur bedingt ohne Probleme wechseln (vgl. Z. 19 f.).
Bundesländer werden in Sachen Bildung nicht durch den Bund eingeschränkt (vgl. Z. 20 f.).	Lehrer- und Elternverbände sind gegen das Kooperationsverbot (vgl. Z. 26).
Bundesländer haben sich auf länderübergreifende, gemeinsame Bildungsstandards geeinigt, um allen Schülern in Deutschland gleiche Bildungschancen zu gewährleisten (vgl. Z. 22-24).	Auch Lehrer sollten – wie Schüler und Studenten – problemlos zwischen den Bundesländern wechseln können (vgl. Z. 32-34).
Es gibt heute auch länderübergreifende Abiturprüfungen (vgl. Z. 25 f.).	Unfairer Wettbewerb zwischen den Bundesländern sollte nicht zulasten der Schüler gehen (vgl. Z. 35-37).
Ein vielfältiges Schulsystem mit verschiedenen Schularten zeigt den Erfolg eines Bildungssystems (vgl. Z. 28-30).	





Der Streit um die Finanzen



(Karikatur von Horst Haitzinger, aus: www.bpb.de/cache/images/1/160201-3x2-galerie.jpg?69728)



Arbeitsaufträge:

1. Analysiert die Karikatur von Horst Haitzinger.
2. Recherchiert u.a. auf den Seiten des Bundesfinanzministeriums die Begründung für den Länderfinanzausgleich und seine Funktionsweise.
3. Recherchiert im Internet die Berechnungsgrundlage sowie die Höhe der Transferzahlungen zwischen den Geber- und Nehmerländern.



Lösungsvorschläge zu MW21, Arbeitsauftrag 3

Der Länderfinanzausgleich

Berechnung: Entscheidend für die Umverteilung der Gelder ist die **Finanzkraft pro Einwohner je Bundesland.**

1. alle Einnahmen eines Landes + 64 % der Gemeindeeinnahmen = **Finanzkraft**



Ausnahmen bei der Berechnung

3. **Stadtstaaten:** Einwohnerzahl wird um 35 % erhöht.
Dünn besiedelte Länder: (Brandenburg, M.-Vorp., Sachsen-A.) Einwohnerzahl wird ebenfalls fiktiv leicht erhöht.

Beispielrechnung für Länderfinanzausgleiche:

Finanzkraft pro Einwohner in % des Bundesdurchschnitts

vor	nach
Länderfinanzausgleich	Länderfinanzausgleich
70 %	91 % (Nehmerland)
90 %	96 % (Nehmerland)
110 %	104 % (Geberland)
130 %	109 % (Geberland)

Weitere Finanzausgleiche:

Finanzschwache Bundesländer erhalten darüber hinaus

- zusätzliche Gelder aus den Unternehmenssteuereinnahmen,
- Zuwendungen des Bundes.



Teil 2: Politik**Der gute Länderfinanzausgleich**

- 1 Wer an den Länderfinanzausgleich denkt, muss hart gesotten sein, um sich nicht genervt abzuwenden von den überkomplexen Regeln, dem Gepolter aus Bayern und den patzigen Reaktionen aus Berlin. Es ist daher an der Zeit, ein Hoch auf unsere Finanzverfassung auszurufen. Bevor [...] die Ministerpräsidenten der Länder mit Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) über eine neue
- 5 Ordnung für Deutschland beraten, gilt es festzuhalten: Der Länderfinanzausgleich ist besser als sein Ruf. Mit ihm hat das Land in einem halben Jahrhundert Umbrüche historischen Ausmaßes bewältigt.

- Seit 1969 regeln fast die gleichen Weichen, wie die Milliarden zwischen Bund und Ländern und zwischen den Regionen hin- und herfließen. Als das System geschaffen wurde, ahnte niemand etwas von Mauerfall, Finanz- oder Eurokrise, geschweige denn von Facebook, Apple und einer
- 10 digitalen Revolution. Trotz des ganzen Hickhacks hat der Finanzausgleich seine Aufgabe erfüllt, einen gewissen Ausgleich zwischen Bund und Ländern und zwischen armen und reichen Regionen herzustellen. Selbst den historischen Wandel durch die Wiedervereinigung überstand er in seiner Struktur weitgehend unverändert. Wichtige Ergänzungen wie die beiden Solidarpakte für
- 15 die neuen Länder lieferten die nötige Ergänzung, ließen das Verteilungssystem im Großen und Ganzen aber intakt.

- Doch damit drängt sich die Frage auf: Kann der Staat mit diesem alten Gerüst im 21. Jahrhundert bestehen? Und: Reichen kleine Reförmchen? Oder muss die Politik das Haus nicht komplett abreißen und eine neue Architektur aufziehen? Bemerkenswerterweise stellt sich die Politik die
- 20 Frage nicht von allein. Das Thema hat sich selbst auf die Tagesordnung gesetzt, weil Ende des Jahrzehnts wichtige Bestimmungen zum Länderfinanzausgleich und dem Solidarpakt für den Osten auslaufen.

- Die Merkels, Ramelows, Krafts und Seehofers müssen also die Solidarität innerhalb der Republik neu definieren. Die ersten Verhandlungsrunden dazu verheißen nichts Gutes. Ein großer Wurf zeichnet sich nicht ab, eher ein mühsames „Weiter so“ mit kleinen Korrekturen. Das den Politikern und ihrer vermeintlichen Inkompetenz anzulasten, täuscht aber über die wahren Verhältnisse hinweg. Bayern kann nur dann entlastet werden, wenn Sachsen, Brandenburg oder Nordrhein-
- 25 Westfalen verzichten. Wenn Bremen und das Saarland auf Hilfe beim Abbau der Schulden hoffen, müssen sie darauf setzen, dass alle Deutschen, also auch die Hessen und Baden-Württemberger, für ihre Verbindlichkeiten mitaufkommen. Der Länderfinanzausgleich schafft keine Werte,
- 30 er verteilt um. Was er dem einen gibt, muss er anderen nehmen. Das macht es so schwierig, 16 Ministerpräsidenten und die Bundeskanzlerin zufriedenzustellen.

- Wie eng der Spielraum ist, zeigt ein Blick in die Verfassung. Sie verlangt gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Deutschland. Die zu sichern, wird immer schwerer, weil die prosperierenden
- 35 und die wirtschaftsschwachen Gegenden auseinanderdriften. Die CSU mag in Bayern eine kluge Standortpolitik betrieben haben, auch wenn ihre jüngsten Beiträge zu öffentlichen Debatten und zur Politik der Bundesregierung das schwer glauben lassen. Der Aufstieg des Freistaates ist vor allem dem historischen Glück zu verdanken, dass nach dem Krieg führende Konzerne wie Siemens oder Audi in die amerikanisch besetzte Zone drängten.

- 40 Endlos lässt sich darüber streiten, ob Nordrhein-Westfalen den Strukturwandel im Ruhrgebiet energischer hätte vorantreiben können oder ob ostdeutsche Landeschefs teure Fehlinvestitionen zu verantworten haben. So oder so ist der Einfluss der Landesregierungen auf den wirtschaftlichen Erfolg in ihrer Heimat heute äußerst beschränkt. Es ist nicht die Schuld der Mecklenburger oder